

Fragen

für die Fragestunde der 30. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. April 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	57, 60	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	44, 62
Altenkamp, Norbert Maria (CDU/CSU)	33, 34	Luczak, Jan-Marco, Dr. (CDU/CSU)	43, 45
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 42	Mack, Klaus (CDU/CSU)	28
Biadacz, Marc (CDU/CSU)	5	Müller, Florian (CDU/CSU)	14, 15
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	25, 51
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	54, 61	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	63
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	48, 58	Ploß, Christoph, Dr. (CDU/CSU)	13, 46
Durz, Hansjörg (CDU/CSU)	9, 10	Rehbaum, Henning (CDU/CSU)	23, 24
Engelhard, Alexander (CDU/CSU)	27	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	6
Englhardt-Kopf, Martina (CDU/CSU)	17, 18	Renner, Martina (DIE LINKE.)	55, 56
Geissler, Jonas, Dr. (CDU/CSU)	21, 22	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	47
Görke, Christian (DIE LINKE.)	49, 50	Schmidt, Eugen (AfD)	52
Grütters, Monika (CDU/CSU)	32	Schreiner, Felix (CDU/CSU)	11, 12
Hoppermann, Franziska (CDU/CSU)	8	Simon, Björn (CDU/CSU)	19, 20
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	53, 59	Staffler, Katrin (CDU/CSU)	29
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	30, 31	Stefinger, Wolfgang, Dr. (CDU/CSU)	37, 38
Kemmer, Ronja (CDU/CSU)	7	Storch, Beatrix von (AfD)	3, 4
Kießling, Michael (CDU/CSU)	41	Wiener, Klaus, Dr. (CDU/CSU)	26
Kippels, Georg, Dr. (CDU/CSU)	39, 40	Ziemiak, Paul (CDU/CSU)	35, 36

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) In welchen fünf Bereichen sieht der Bundesminister für Digitales und Verkehr auf dem Gebiet der Digitalisierung in Deutschland den größten Nachholbedarf, und welche Maßnahmen wurden seit dem Anbeginn der Legislaturperiode bereits eingeleitet, um diesen auszugleichen?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Schlussfolgerungen zieht der Bundesminister für Digitales und Verkehr aus der Tatsache, dass Deutschland nach Schätzungen von Prof. Dr. Michael Hüther, dem Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, in den kommenden zehn Jahren ca. 450 Mrd. Euro zusätzlich ausgeben müsste, um die bestehende Infrastrukturlücke zu schließen (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/infrastruktur-in-deutschland-iw-fordert-mehr-investitionen-16447528.html)?
3. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Verhandlungen über den Digital Services Act, und welche kritischen Punkte sieht die Bundesregierung noch in den Verhandlungen, bis dieser verabschiedet werden kann?
4. Abgeordnete
Beatrix von Storch
(AfD) Geht die Bundesregierung davon aus, dass die Moderations- und Löschverpflichtungen des Digital Services Actes (DSA) die des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) ablösen werden, und beabsichtigt die Bundesregierung, das NetzDG abzuschaffen, wenn der DSA in Kraft tritt?
5. Abgeordneter
Marc Biadacz
(CDU/CSU) Bis wann rechnet das Bundesministerium für Digitales und Verkehr mit der Fertigstellung bzw. Veröffentlichung der angekündigten Digitalstrategie der Bundesregierung?
6. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU) Wie möchte das Bundesministerium für Digitales und Verkehr verhindern, dass eine Digitale Identität keine Akzeptanz in der Bevölkerung findet?
7. Abgeordnete
Ronja Kemmer
(CDU/CSU) Welche laufenden Vorhaben im BMDV zur Nachhaltigkeit in der Digitalisierung beziehungsweise zur Nachhaltigkeit durch Digitalisierung koordiniert das Referat DP 14 Digitalisierung und Nachhaltigkeit?

8. Abgeordnete
**Franziska
Hoppermann**
(CDU/CSU) Wie sehen aus Sicht des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr der Prozess und die Zeitschiene für die Einführung des Digitalbudgets aus?
9. Abgeordneter
Hansjörg Durz
(CDU/CSU) Welche konkreten Einzelmaßnahmen hat die vorherige Bundesregierung in der 19. Wahlperiode ergriffen, um den Mittelabfluss im Rahmen der Breitbandförderung des Bundes zu beschleunigen?
10. Abgeordneter
Hansjörg Durz
(CDU/CSU) Wie plant die Bundesregierung ihre eigene Glasfaserförderung und erarbeitet gerade ihre Gigabitstrategie, wenn sie nach eigener Aussage (gemäß Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 64 der Abgeordneten Nadine Schön auf Bundestagsdrucksache 20/1402) aktuell nicht benennen kann, in welchen Bundesländern und bis wann genau die in Aussicht gestellten privatwirtschaftlichen Mittel in angeblicher Höhe von 50 Mrd. Euro in den Glasfaserausbau investiert werden?
11. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU) Was unternimmt das Bundesministerium für Digitales und Verkehr konkret in den Bereichen Planungs-, Genehmigungs- und Baurecht bis zum Ende dieses Jahres, um Verkehrsinfrastrukturprojekte in Deutschland schneller umsetzen zu können?
12. Abgeordneter
Felix Schreiner
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), Autobahnabschnitte zur Stromerzeugung, zum Beispiel mittels Solarpanels, zu nutzen?
13. Abgeordneter
Dr. Christoph Ploß
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung an allen Autobahnprojekten fest, die im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen sind?
14. Abgeordneter
Florian Müller
(CDU/CSU) In welchem Stadium befinden sich Planungen, Genehmigungen sowie Aufträge zur Beschleunigung des Ersatzneubaus für die seit nunmehr fünf Monaten gesperrte Rahmedetalbrücke auf der Autobahn A45, und welche Schritte stehen dabei noch aus?
15. Abgeordneter
Florian Müller
(CDU/CSU) Wie ist die Haltung der Bundesregierung bezüglich der Einführung eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen?

16. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen angesichts des Umstands, dass eine Mehrheit der Menschen in Deutschland laut einer YouGov-Umfrage vor dem Hintergrund steigender Energiepreise ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen befürwortet (www.rnd.de/politik/tempolimit-auf-autobahnen-mehrheit-der-deutschen-dafuer-LUNZPS3WK5F3PEO3PDQ7JFEF2A.html) sowie in Bezug auf die Aussage des Bundesministers für Digitales und Verkehr, dass in Krisenzeiten jene Themen vorangetrieben werden sollen, hinter denen sich eine gesellschaftliche Mehrheit versammelt (www.rnd.de/politik/ukraine-fluechtlinge-volkerwissing-gegen-obergrenze-AXMIJF2C4JD55GNLSFO76NOU5A.html), und wenn nein, warum nicht?
17. Abgeordnete
**Martina
Enghardt-Kopf**
(CDU/CSU)
- Welche Gruppen plant die Bundesregierung, in den Dialogprozess für den neuen Infrastrukturkonsens bei den Bundesverkehrswegen (vgl. Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, S. 38) einzubinden, und – sollten regionale wie überregionale Bürgerinitiativen für oder gegen einzelne Verkehrsprojekte beteiligt werden – welchen Einfluss hätte dieser Dialogprozess auf die Bedarfsplanüberprüfung des Bundesverkehrswegeplans 2030?
18. Abgeordnete
**Martina
Enghardt-Kopf**
(CDU/CSU)
- Wie sollen die Erkenntnisse des Dialogprozesses für den neuen Infrastrukturkonsens (vgl. Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, S. 38) in die Bedarfsplanüberprüfung des Bundesverkehrswegeplans 2030 einfließen, und welche konkreten Kriterien werden letztendlich ausschlaggebend für eine Abänderung der Einstufung eines Projekts im Bundesverkehrswegeplan sein?
19. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU)
- Wie viele Ausnahme- und/oder Sondergenehmigungen zum Ein-, Aus- und Überflug des deutschen Luftraums hat es für von Bürgern der russischen Föderation besessene, gecharterte oder betriebene Luftfahrzeuge gegeben, seit der deutsche Luftraum am 27. September 2022 für eben diese Luftfahrzeuge gesperrt wurde, und was sind die jeweiligen Gründe hierfür?

20. Abgeordneter
Björn Simon
(CDU/CSU)
- Inwiefern hat die Bundesregierung – wie in der Antwort auf meine Schriftliche Frage 130 auf Bundestagsdrucksache 20/957 mitgeteilt – mittlerweile die Auswirkungen des „Fit-for-55-Paketes“ auf den Luftverkehr evaluiert und Kompensationsmöglichkeiten geprüft, um die Wettbewerbssituation der europäischen Luftverkehrswirtschaft durch die unterschiedlichen Maßnahmen des Paketes gegenüber Fluggesellschaften und Flughäfen in Nicht-EU-Ländern nicht zu verschlechtern und stattdessen ein „Level Playing Field“ für den EU-Luftverkehrsmarkt zu erreichen?
21. Abgeordneter
Dr. Jonas Geissler
(CDU/CSU)
- Warum plant die Bundesregierung die Entlastungen im Verkehrsbereich für den Individualverkehr und ÖPNV-Nutzer erst ab Juni 2022?
22. Abgeordneter
Dr. Jonas Geissler
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung für die wichtige Infrastruktur-Einrichtung „Tankstelle“ das Risiko eines beschleunigten Tankstellensterbens aufgrund ihrer nach meiner Ansicht wenig flexiblen Energiesteuerensenkungspolitik?
23. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Bedarf an zusätzlichem Fahrpersonal im Güter-, Bus- und Schienenverkehr, um funktionierende Lieferketten, Versorgungssicherheit und Personentransport weiterhin zu erhalten?
24. Abgeordneter
Henning Rehbaum
(CDU/CSU)
- Welche verkehrswasserbaulichen Projekte im Westdeutschen Kanalnetz (WDKN) konnten im vergangenen Jahr gemäß dem von der ehemaligen Bundesregierung geschaffenen 1,5 Mrd. Euro umfassenden Aktionsplan „Westdeutsche Kanäle – Nordrhein-Westfalen“ abschließend in stand gesetzt werden, und wann ist insgesamt der Abschluss aller geplanten Projekte nach jetzigem Kenntnisstand vorgesehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

25. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welchen Standpunkt nimmt die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz aktuell hinsichtlich einer aus meiner Sicht zu befürwortenden Laufzeitverlängerung noch in Betrieb befindlicher Kernkraftwerke in Deutschland ein, und stimmt sie mittlerweile der Ansicht (vgl. dazu bereits Cicero vom 9. Oktober 2021 www.cicero.de/innenpolitik/laufzeitverlangerung-atomkraft-gruene-fdp-kernenergie-koalitionsverhandlungen-klimaschutz und ZEIT ONLINE vom 3. März 2022 www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/atomkraft-energieversorgung-akw-laufzeit-ukraine-krieg, jeweils zuletzt abgerufen am 14. April 2022) zu, dass sich die aktuelle Energiekrise durch ein Abschalten weiterer Kernkraftwerke vertiefen würde (vgl. ZEIT ONLINE vom 8. März 2022 www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/gruene-atomkraft-laufzeitverlaengerung-akw-energieversorgung-engpass und FOCUS Online vom 7. April 2022 www.focus.de/finanzen/news/moegliche-verlaengerung-der-atomkraftwerke_id_79207555.html, jeweils zuletzt abgerufen am 7. April 2022)?
26. Abgeordneter
Dr. Klaus Wiener
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus Presseberichten, laut derer weiterhin, entgegen den Aussagen der Bundesregierung, in den Landesministerien in Zusammenarbeit mit den Betreibern eine Prüfung über eine mögliche Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke erfolgt (www.focus.de/finanzen/news/moegliche-verlaengerung-der-atomkraftwerke_id_79207555.html)?
27. Abgeordneter
**Alexander
Engelhard**
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung im aktuellen Kontext der Rohstoff- und Energiekrise die EU-Chemikalienstrategie – insbesondere die Novelisierung der REACH-Verordnung –, und gibt es Bestrebungen der Bundesregierung bzw. anderer Mitgliedstaaten im Lichte der aktuellen internationalen Entwicklungen, die Strategie als Bestandteil des Europäischen Green Deals ganz oder teilweise auszusetzen?
28. Abgeordneter
Klaus Mack
(CDU/CSU)
- Welche Projekte/Vorhaben im Bereich des Natürlichen Klimaschutzes auf EU- und internationaler Ebene plant die Bundesregierung prioritär bis Mitte der Legislaturperiode (d. h. Herbst 2023) voranzutreiben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

29. Abgeordnete
Katrin Staffler
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Studierende, die kein BAföG erhalten, aufgrund von Mehrkosten im Zuge der steigenden Inflation und des Ukraine-Krieges zu entlasten, und inwieweit werden Studierende, die kein BAföG erhalten, von dem Entlastungspaket profitieren, auf das sich der Koalitionsausschuss am 23. März 2022 geeinigt hat?
30. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen ergreift das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) konkret zur Bewältigung der Flüchtlingssituation an Schulen, Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen, und wie viel Geld setzt das BMBF dafür zusätzlich ein?
31. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU) Was sind andere vergleichbar forschungsnahe Einrichtungen, wie sie von der Bundesregierung in dem Eckpunktepapier für die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI; www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/_pressestelle/pressemitteilung/2022/04/Eckpunktepapier.html) benannt sind, und fallen außeruniversitäre sowie privatwirtschaftliche Forschungseinrichtungen darunter?
32. Abgeordnete
Monika Grütters
(CDU/CSU) Wie gedenkt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) darauf zu reagieren, dass der Berliner Senat mit der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes nach Ansicht hochrangiger Experten für öffentliches Recht gesetzgeberisch in den Regelungsbereich des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes eingegriffen hat?
33. Abgeordneter
**Norbert Maria
Altenkamp**
(CDU/CSU) Wann kommt – angesichts der durch den Ukraine-Krieg immer dringenderen Notwendigkeit, alternative Energiequellen für Deutschland zu erschließen – das angekündigte Update der Nationalen Wasserstoffstrategie, und welche neuen Akzente will das BMBF dabei setzen?

34. Abgeordneter
Norbert Maria Altenkamp
(CDU/CSU)
- Welche Forschungsanstrengungen sind notwendig, um beim Wasserstoff-Markthochlauf auch kleine Elektrolyse-Anlagen unter 5 MW sinnvoll einbeziehen zu können, die gemäß einer aktuellen Studie des Reiner Lemoine Instituts (<https://reiner-lemoine-institut.de/dezentrale-elektrolyseuregpe/>) erheblich zur Wasserstoffproduktion beitragen, Kosten sparen und die Flexibilität im Netz erhöhen können, und wie positioniert sich das BMBF zu dieser Studie?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

35. Abgeordneter
Paul Ziemiak
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die zur Ermittlung des Anteils der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen (sog. ODA-Quote) für Deutschland 2021 berücksichtigten Kosten, die allein aus der Aufnahme von Flüchtlingen im Inland resultieren (bitte die Höhe dieser Kosten in Euro angeben)?
36. Abgeordneter
Paul Ziemiak
(CDU/CSU)
- Wie hoch wäre der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen (sog. ODA-Quote) für Deutschland aufgrund vorläufiger Berechnungen, wenn die allein aus der Aufnahme von Flüchtlingen im Inland resultierenden Kosten keine Berücksichtigung finden würden (bitte aufschlüsseln nach Prozent des Bruttonationaleinkommens)?
37. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Stefinger
(CDU/CSU)
- Nimmt die Bundesregierung durch die neue Aufgabenverteilung der Bundesressorts im Hinblick auf Klimaschutzfragen eine bewusste Verringerung an Zuständigkeiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Kauf?
38. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Stefinger
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung es in Zeiten einer weiterhin angespannten Haushaltssituation schaffen, im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die aktuellen Ausgaben in Höhe von knapp 0,11 Prozent des Bruttonationalprodukts für die ärmsten Länder des Globalen Südens (am wenigsten entwickelten Länder, LDC) – wie im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgesehen – auf 0,20 Prozent zu erhöhen?

39. Abgeordneter
Dr. Georg Kippels
(CDU/CSU)
- Wieso hat die Bundesregierung entgegen der von der Bundesministerin Svenja Schulze erklärten Zielsetzung einer „feministischen Entwicklungspolitik“ die Global Financing Facility (GFF) in der aktuellen Situation der Pandemie aus dem Haushalt gestrichen, obwohl laut jährlichem Bericht der GFF (www.globalfinancingfacility.org/sites/gff_new/files/documents/GFF-Annual-Report-2020-2021.pdf) zusätzlich zu jedem offiziell gemeldeten COVID-19-Todesfall zwei Frauen und Kinder aufgrund von eingeschränktem Zugang zur Gesundheitsversorgung verstorben sind und die Global Financing Facility eine Partnerschaft bei der Weltbank für die Finanzierung der Gesundheit von Frauen, Kindern und Jugendlichen ist, die für jeden eingesetzten Dollar aus Geberländern sieben weitere Dollar für die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen generiert?
40. Abgeordneter
Dr. Georg Kippels
(CDU/CSU)
- Wieso kürzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Verpflichtungsermächtigung zugunsten des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) um fast 40 Prozent (entgegen der Zusage von 1 Mrd. Euro in Lyon) ab 2023, was nach einer Stellungnahme des GFATM eine erfolgreiche Wiederauffüllung im Jahr 2022 und damit die erfolgreiche Fortführung des Fonds gefährde und obwohl bekannt sei, dass diese Kürzung mehrfache negative Auswirkungen für die Programme selbst habe – besonders mit Corona-Rückschlägen – aber auch als katastrophales Signal an die anderen Geber unter der deutschen G7-Präsidentschaft gelte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

41. Abgeordneter
Michael Kießling
(CDU/CSU)
- Wie stellt die Bundesregierung bei der angestrebten Lebenszyklusbetrachtung von Gebäuden sicher, dass es dabei nicht zu Doppelanrechnungen kommt, wenn etwa die CO₂-Emissionen der Zementherstellung dem Industriesektor zugerechnet werden, diese aber bereits dem EU-Emissionshandel unterliegen?

42. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung die bundesweite Einführung einer Sonderabgabe für Vermieter, zum Beispiel bei Nettokaltmieten ab 110 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete, und wenn nicht, sieht die Bundesregierung es als eine Verletzung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes an, wenn das Land Berlin eine solche Sonderabgabe einführt (www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/04/berlin-wohnungsmarkt-senat-mietensteuer-wohnungen.html)?
43. Abgeordneter
Dr. Jan-Marco Luczak
(CDU/CSU)
- Wie bewertet das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen die Zahl des sogenannten Bau- oder Genehmigungsüberhangs von knapp 800.000 Wohneinheiten, und bei wie vielen dieser Wohneinheiten besteht tatsächlich die Aussicht, dass sie noch gebaut werden?
44. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Trifft die Bundesregierung Maßnahmen gegen die sogenannte Letzte Generation und deren Drohungen (www.welt.de/politik/deutschland/article238241331/Letzte-Generation-Klima-Aktivisten-wollen-Gas-Pipelines-abdrehen.html), wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

45. Abgeordneter
Dr. Jan-Marco Luczak
(CDU/CSU)
- Gilt die Aussage der Bundesregierung, dass Vermieter von Gebäuden, die mindestens den EH-55-Standard erfüllen, künftig nicht an den CO₂-Kosten beteiligt werden, auch, wenn von dem Gebäude aufgrund des Verhaltens der Mieter mehr als 12 kg CO₂/m²/a emittiert werden, etwa, weil diese die Heizung stark aufdrehen oder lange und heiß duschen?
46. Abgeordneter
Dr. Christoph Ploß
(CDU/CSU)
- Wann wird mit dem Bau der ersten LNG-Terminals begonnen?
47. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie soll das Ziel der Bundesregierung, ab dem 1. Januar 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien zu betreiben, in Bestandsgebäuden realisiert werden, die zu einem großen Teil noch nicht für mit erneuerbaren Energien betriebenen Heizungen wie Wärmepumpen ertüchtigt wurden?

48. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie viele abschließende Genehmigungen zum Export von Rüstungsgütern hat der Bundessicherheitsrat im Jahr 2022 bis zum aktuellen Stichtag getroffen, und mit welcher Begründung wurde über getroffene abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates gegebenenfalls der Deutsche Bundestag nicht – wie es die Geschäftsordnung des Bundessicherheitsrates vom 12. August 2015 vorsieht – mit entsprechendem Schreiben spätestens zwei Wochen nach der Tagung des Bundessicherheitsrates schriftlich unterrichtet (Bundestagsdrucksache 19/26098, Fragen 2 und 3)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

49. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie viele offene Prüffälle von Cum-Cum-Geschäften gab es bei Finanzbehörden in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2020 (bitte tabellarisch und monatlich von Januar 2020 bis März 2022 angeben), und mit welchem Forderungsvolumen rechnen die Finanzbehörden in Deutschland angesichts der offenen Fälle aus dem März 2022?
50. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren bestandskräftig zurückgeforderte Steuerschulden von Finanzbehörden in Deutschland aus Cum-Cum-Geschäften nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2020 (bitte tabellarisch und monatlich von Januar 2020 bis März 2022 angeben), und mit welchem Jahresvolumen rechnen die Finanzbehörden im Jahr 2022?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

51. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem kürzlich zum sogenannten Onlinezugangsgesetz veröffentlichten Bericht des Bundesrechnungshofs, welcher der Bundesregierung u. a. eine „irreführende Darstellung“ auf ihrer Internetpräsenz vorwirft und somit dem Bürger meiner Meinung nach gezielt Sand in die Augen gestreut wurde, was die Digitalisierung der Verwaltung anbelangt (vgl. NETZPOLITIK.ORG vom 6. April 2022 – <https://netzpolitik.org/2022/onlinezugangsgesetz-bundesrechnungshof-wirft-innenministerium-beschoenigung-vor/>, zuletzt abgerufen am 7. April 2022)?
52. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Welche seit dem 24. Februar 2022 verübten Gewaltdelikte oder Sachbeschädigungen gegen in Deutschland lebende Spätaussiedler, russischstämmige Deutsche, russischsprachige Juden bzw. russische Staatsbürger sind der Bundesregierung bekannt (bitte auflisten; www.wochenblatt-reporter.de/kaiserslautern/c-lokales/auch-im-raum-kaiserslautern-greift-die-russenfeindlichkeit-um-sich_a361883)?
53. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- In welchen Fällen ist der Bundesregierung gegebenenfalls der Einsatz des Trojaners „Cytrox“ in Deutschland bekannt geworden, und wer war der mutmaßliche Urheber (<https://about.fb.com/wp-content/uploads/2021/12/Threat-Report-on-the-Surveillance-for-Hire-Industry.pdf#page=10>)?
54. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang sind die im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenkatalogs zur Bekämpfung des Rassismus und Rechtsextremismus zugesagten 150 Millionen Euro bereits abgeflossen (bitte nach Ressorts aufschlüsseln), und wie weit sind die konzeptionellen Vorarbeiten und Planungen zu denjenigen Maßnahmen gediehen, zu denen auf Bundestagsdrucksache 20/636 noch kein finanzieller Bedarf beziffert werden konnte (Antwort zu den Fragen 1 und 2)?

55. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung, angesichts der Festnahmen von vier Beschuldigten am 14. April 2022, die eine Entführung des Bundesministers für Gesundheit sowie Anschläge auf Kritische Infrastrukturen geplant haben sollen (www.tagesschau.de/inland/razzien-vereinte-patrioten-103.html), die Gefahr ein, dass Einrichtungen der Impfinfrastruktur, Personen, die in dieser arbeiten, Politikerinnen und Politiker, die sich zum Thema öffentlichkeitswirksam äußern, und Polizistinnen und Polizisten bzw. sonstige staatliche Akteurinnen und Akteure sowie Einrichtungen Ziel von Anschlägen aus der rechtsextremistischen Szene und der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter werden?
56. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung, angesichts sich wiederholender Waffenfunde bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern (www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/ermittlungen-sek-einsatz-boxberg-bobstadt-100.html; www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/meissen/reichsbuerger-waffen-drohungen-meissen-100.html), Erkenntnisse darüber vor, wie viele Waffen, wie viel Sprengstoff und Munition seit Januar 2020 im Rahmen von Durchsuchungsmaßnahmen bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern aufgefunden wurden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

57. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung die militärischen Interventionen der Türkei in Syrien und Nordirak (vgl. www.heise.de/tp/features/Tuerkei-eskaliert-im-Nahen-Osten-6745661.html) als Verstoß gegen das Völkerrecht (vgl. Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages WD 2 – 3000 – 057/20, www.bundestag.de/resource/blob/705826/ec1d59d7709a4dfd3c0f14cb8fea6b76/WD-2-057-20-pdf-data.pdf) an, und wird die Bundesregierung ähnliche Konsequenzen ziehen, wie sie sie gegen Russland, aufgrund seines Angriffskrieges gegen die Ukraine, beschlossen hat?

58. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung darüber, ob der NATO-Partner Türkei seine jüngste militärische Aggression gegen den Irak, die die türkische Partei HDP als völkerrechtswidrig bezeichnet sowie die Wissenschaftlichen Dienste bei ähnlichen Operationen der Türkei bezweifelt haben, dass sie mit dem Völkerrecht vereinbar seien (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/irak-erzuernt-ueber-tuerkische-offensive-gegen-pkk-17967647.html), zwar mit der Regierung der Region Kurdistan-Irak, nicht aber mit der Zentralregierung des Irak abgestimmt worden ist, vor dem Hintergrund, dass die Türkei behauptet, diese sei mit „Freunden und Verbündeten“ koordiniert worden, die irakische Regierung dies aber dementiert und den türkischen Botschafter einbestellte (AFP vom 21. April 2022), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dieser militärischen Aggression des NATO-Partners Türkei gegen den Irak?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

59. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern betrachtet die Bundesregierung die nach dem Urteil des Westminster Magistrates Court vom 20. April 2022 (www.tagesschau.de/ausland/assange-auslieferung-115.html) unmittelbar drohende Auslieferung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange an die USA als eine Gefahr für die Pressefreiheit und für die unabhängige journalistische Tätigkeit, und inwieweit schließt sich die Bundesregierung den Forderungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (siehe Resolution 2317) nach einer sofortigen Freilassung von Julian Assange an?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

60. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung im Rahmen der, im Juni 2019, in der EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige (2019/1158) formulierten verbindlichen Mindeststandards für die EU-Mitgliedstaaten, die bis zum August 2022 umgesetzt werden müssen (vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32019L1158&from=DE>), für den von der ehemaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Anne Spiegel, im Dezember 2021, angekündigten zweiwöchigen Elternschutz für den zweiten Elternteil (vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/anne-spiegel-gruene-familienministerin-kuendigt-neue-leistung-fuer-eltern-direkt-nach-geburt-an-a-5f2aead6-5a3e-409f-906c-92dcb4086a8a), so wie angekündigt, initiativ werden, und wird die Bundesregierung, wie es in Frankreich bereits umgesetzt wurde, den Elternschutz von ursprünglich 14 auf 28 Tage verdoppeln (vgl. www.ag-familie.de/media/europeanews/2010_agf-europeanews.pdf; bitte die Entscheidung begründen)?
61. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Sind die Mittel für Maßnahme 49 aus dem von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus bereits vollständig abgeflossen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/30080; bitte auch angeben, wenn die Mittel über einen längeren Zeitraum in mehreren Tranchen ausbezahlt werden), und welche weiteren Forschungsprojekte, die dazu beitragen, die Datenbasis zu Rassismus bzw. rassistischer Diskriminierung in Deutschland zu verbessern, unterstützt die Bundesregierung mit Mitteln aus dem Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus (bitte die einzelnen Projekte mit jeweiliger Laufdauer und Höhe der finanziellen Förderung auflisten)?
62. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Teilt die Bundesregierung die Aussage in der Veröffentlichung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass „Weiß-Sein“ eine gesellschaftliche Position beschreibt und die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland von Rassismus profitiert (www.regenbogenportal.de/glossar?tx_dpnglossary_glossary%5Baction%5D=s how&tx_dpnglossary_glossary%5Bcontroller%5D=Term&tx_dpnglossary_glossary%5Bterm%5D=45&cHash=245af6da94cff4550aed1b3fcd2656a)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

63. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die an mich von Verbandsseite herangetragene Auffassung, dass es notwendig ist, dass der Bund ein beim Paul-Ehrlich-Institut anzusiedelndes, qualifiziertes Erfassungswesen für Impfnebenwirkungen bei Impfungen jeglicher Art aufbaut, in das alle impfenden Ärzte festgestellte Nebenwirkungen eintragen müssen, die dann entsprechend registriert, nachverfolgt und wissenschaftlich aufgearbeitet werden, und wenn nein, warum nicht?

